

# Antrag auf Gewährung einer Zuwendung

nach der Richtlinie des TMIL: "Förderung forstwirtschaftlicher Maßnahmen"

Maßnahme K Bewältigung von Extremwetterereignissen



Über das Forstamt: _____		Förderjahr _____
an das SG Förderung im Thüringer Forstamt Frauenwald		
Eingang Forstamt am:	Eingang BWS am:	Eingabe in EDV am:
Posteingangsnr.:		durch:
Vorgangsnummer: _____		
<b>1 Angaben zum Antragsteller und zum Betrieb</b>		
101	Antragsteller ist natürliche Person juristische Person des Privatrechts juristische Person des öffentlichen Rechts	[ ] [ ] [ ]
102	Name, Vorname bzw. Bezeichnung	zu Händen (nicht bei Privatpersonen)
	PLZ, Wohnort, ggf. Ortsteil	Straße, Hausnummer / Postfach
	Telefon / FAX	E-Mail-Adresse
	Geburtsdatum / Gründungsdatum	Geburtsort / Unternehmenssitz
	Personenident (PI) soweit vorhanden, ggf. Betriebsnummer auch aus anderen Bundesländern	
103	Vorsteuerabzugsberechtigt	ja [ ] nein [ ]
104	Ich erkläre, dass ich Eigentümer der beantragten Fläche bin	[ ] ja [ ] nein wenn "ja" zu 104 wenn "nein" zu 222
105	Ich bin alleiniger Eigentümer der beantragten Fläche	[ ] ja [ ] nein wenn "nein" zu 221
106	Gesamtwaldfläche in Thüringen [ha]:	_____
107	Herleitung der Waldflächengröße forstwirtschaftliche Fläche der Waldgenossenschaft [ha]: Anzahl der Waldgenossenschaftsmitglieder	_____ _____
<b>2 Beantragte Förderung forstwirtschaftlicher Maßnahmen nach der GAK</b>		
201	K 2.1 Überwachung, Vorbeugung und Bekämpfung von Schadorganismen	
202	K 2.3 Anlage und Betrieb von Holzlagerplätzen	
203	K 2.4 Vorhaben zur Prävention gegen Waldbrände	
204	K 2.5 Forstfachliche Begleitung von Vorhaben der Nr. K 2.3 und K 2.4	

<b>Dem Antrag beigefügte Unterlagen und Bescheinigungen</b>		
221	Vollmacht ggf. Vollmachten der Miteigentümer der beantragten Fläche	[ ]
222	Zustimmung Grundeigentümer bei Pachtflächen bzw. Interessentenwald	[ ]
223	Kartenmäßige Darstellung der geplanten Flächen im Maßstab 1 : 10.000	[ ]
224	Erklärung zum Vorsteuerabzug	[ ]
225	Erklärung "De-minimis"-Beihilfen für Vorhaben der Nr. K 2.4 sowie forstfachliche Begleitung auf Flächen außerhalb der Landkreise Altenburger Land, Greiz, Saale-Orla-Kreis, Saalfeld-Rudolstadt und Saale-Holzlandkreis sowie der kreisfreien Städte Jena und Gera	[ ]
226	Ein(e) Angebot/Kostenschätzung für die auszuführende Leistung (nur für öffentliche Antragsteller)	[ ]
227	Drei vergleichbare Angebote für die auszuführenden Leistungen bei Anteilsfinanzierung (nur für natürliche Personen und juristische Personen des Privatrechts)	[ ]
<b>3</b>	<b>Erklärungen des Antragstellers</b>	
	<b>Ich/Wir erkläre/n,</b>	
301	dass die im Antrag einschließlich Anlagen gemachten Angaben vollständig und richtig sind. Ich/Wir gehöre/n zum Kreis der Förderberechtigten gemäß der jeweiligen Richtlinie.	
302	dass ich/wir mit dem Vorhaben noch nicht begonnen habe/n. Das Vorhaben darf vor Vorliegen des Zuwendungsbescheides nicht begonnen werden, es sei denn, ein vorzeitiger Vorhabensbeginn wurde gewährt.	
303	dass ich/wir meinen/unseren gesetzlichen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern nachgekommen bin/sind.	
304	dass mir/uns kein Insolvenzverfahren unmittelbar bevorsteht, beantragt oder eröffnet worden ist. Mir/Uns ist bekannt, dass ich/wir verpflichtet bin/sind das unmittelbare Bevorstehen eines Insolvenzverfahrens unverzüglich mitzuteilen.	
305	dass die zur Realisierung des Vorhabens erforderlichen finanziellen Eigenmittel zur Verfügung stehen.	
306	Ich/Wir versichere/n, dass ich/wir für die im Antrag genannten Vorhaben keinen weiteren Antrag auf Förderung nach anderen Richtlinien des Bundes oder des Landes gestellt habe/n oder stellen werde/n und keine Leistungen Dritter empfangen habe/n oder empfangen werde/n.	
307	dass mir/uns bekannt ist, dass der Zuwendungsgeber die im Antrag, einschließlich Anlagen, gemachten Angaben nach dem Zuwendungsrecht, den Rechtsvorschriften, Verwaltungsvorschriften und Richtlinien über die Zuwendungsvergabe sowie den sonstigen Zuwendungsvoraussetzungen für die Bewilligung, Gewährung, Rückforderung, Weitergewährung oder das Belassen der Zuwendung als erheblich ansieht und deswegen auf der Grundlage von § 2 Abs. 1 Subventionsgesetz i. V. mit § 1 des Thüringer Subventionsgesetzes als subventionserheblich i. S. des § 264 Abs. 8 Nr. 1 StGB bezeichnet. Der Antragsteller kann sich wegen unrichtiger, unvollständiger oder unterlassener Angaben wegen Subventionsbetrug nach § 264 StGB strafbar machen. Ich/Wir verpflichte/n mich/uns, der Bewilligungsstelle Änderungen zu subventionserheblichen Tatsachen unverzüglich mitzuteilen.	
308	mir/uns ist bekannt, dass der Zuwendungsbescheid dann aufgehoben werden kann, wenn der Zuschuss durch in wesentlicher Beziehung unrichtige oder unvollständige Angaben oder sonst zu Unrecht erlangt wurde. In diesem Fall wird die Zuwendung zurückgefordert und ggf. verzinst.	
309	dass mir/uns bekannt ist, dass kein Rechtsanspruch auf Zuwendung besteht. Die Bewilligungsstelle entscheidet nach pflichtgemäßem Ermessen im Rahmen der zur Verfügung stehenden Finanzmittel.	
310	dass mir/uns bekannt ist, dass im Falle eines Sammelantrages alle an den Vorhaben Beteiligten die Bedingungen für die Bewilligung durch Unterschrift anerkannt haben.	
311	Ich/Wir verpflichte/n mich/uns, mit der Ausführung von Arbeiten keine illegal Beschäftigten zu beauftragen.	
312	<b>Transparenz</b> Für die Vorhaben sind nach Maßgabe des Artikels 9 der Verordnung (EU) 2022/2472 i. V. m. Anhang III der vorgenannten Verordnung bzw. nach Maßgabe der Nr. 3.2.4 der „Rahmenregelung für staatliche Beihilfen im Agrar- und Forstsektor und in ländlichen Gebieten“ (2022/C 485/01) vom 21. Dezember 2022 (ABl. C 485 vom 21.12.2022, S. 1) Informationen zu veröffentlichen, sofern der Beihilfebetrag 100.000 Euro je Einzelbeihilfe übersteigt. Die Veröffentlichung erfolgt jährlich im Internet.	

313	<p><b>Einwilligung zum Datenschutz:</b></p> <p>In die Verarbeitung meiner/unserer Antragsdaten mittels eines automatisierten Verfahrens willige/n ich/wir ein. Weiterhin bin/sind ich/wir mit der Übermittlung von Daten an die zuständige Landeshauptkasse zur Verarbeitung im automatisierten Haushaltsmanagementsystem HAMASYS und andere Stellen zur Berichterstattung, z. B. das Thüringer Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft einverstanden.</p>
314	<p>Informationen betreffend den Umgang mit Ihren personenbezogenen Daten gem. Art. 13 der europäischen Datenschutzgrundverordnung (EU-DSGVO) zum Zweck der Datenverarbeitung, zur Dauer der Datenspeicherung, zu Ihren Rechten sowie Kontaktdataen für weitere Fragen zum Datenschutz finden Sie im Internet unter <a href="http://www.thueringenforst.de/datenschutz">www.thueringenforst.de/datenschutz</a>.</p>
	<p>Alternativ kontaktieren Sie uns über die Kontaktdataen unserer Zentrale oder per Mail an <a href="mailto:datenschutz@forst.thueringen.de">datenschutz@forst.thueringen.de</a>.</p> <p>Nähere Informationen zur Datenverarbeitung im automatisierten Haushaltsmanagementsystem HAMASYS entnehmen Sie bitte den "Datenschutzinformationen für Zahlungspartner im Haushaltsmanagementsystem (HAMASYS)" unter der Website <a href="https://www.thueringen.de/th5/tlf/datenschutz/index.aspx">https://www.thueringen.de/th5/tlf/datenschutz/index.aspx</a></p>
315	<p><b>Antrag auf vorzeitigen Vorhabensbeginn für Vorhaben der Maßnahme K Nr. K 2.1 und K 2.3 - K 2.4</b></p> <p>Ich/Wir beantrage/n hiermit einen vorzeitigen Vorhabensbeginn</p> <p style="text-align: center;">ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/></p> <p>Falls ja: Der vorzeitige Vorhabensbeginn wird beantragt zum .....</p> <p><b>Begründung:</b></p>
	<p><b>Hinweis:</b> Vor der Genehmigung des vorzeitigen Vorhabensbeginns darf mit dem Vorhaben <b>nicht</b> begonnen werden.</p>
316	<p>Ort, Datum</p> <p>Unterschrift des Antragstellers sowie Name in Druckbuchstaben</p>

Antragsteller



An das Forstamt

**Erklärung zum Antrag auf Zuwendung  
gemäß Nr. 3.2.3 VV zu § 44 ThürLHO**

Die vorliegende Erklärung gilt

projektbezogen für den Förderantrag vom (Datum):

allgemein

Hiermit erkläre ich, dass

mein Forstbetrieb/Unternehmen der Regelbesteuerung nach § 12 UStG unterliegt  
und ich damit vorsteuerabzugsberechtigt bin (nur die Nettokosten sind förderfähig)

mein Forstbetrieb/Unternehmen der Pauschalbesteuerung nach § 24 UStG unterliegt  
und ich damit nicht vorsteuerabzugsberechtigt bin (die Bruttokosten inkl. MwSt sind förderfähig)

ich kein Unternehmer und damit nicht vorsteuerabzugsberechtigt bin  
(die Bruttokosten inkl. MwSt sind förderfähig)

Die Steuernummer meines Forstbetriebes/Unternehmens lautet:

(entfällt für Antragsteller die keine Unternehmer sind)

Ort / Datum

Rechtsverbindliche Unterschrift des  
Antragstellers / Stempel

## Angaben zur Prüfung der beihilferechtlichen Voraussetzungen

Antragsteller: \_\_\_\_\_

Vorgangsnummer: \_\_\_\_\_

### **Entscheidung der Europäischen Kommission zur staatlichen Beihilfe Nr. SA.56482 (2020/N) vom 29. Juni 2020 betreffend die Maßnahme K „Bewältigung von Extremwetterereignissen“ der Thüringer Richtlinie zur Förderung forstwirtschaftlicher Maßnahmen**

Der Antragsteller erklärt, dass seitens der Europäischen Kommission keine offenen Forderungen aus einem Rückforderungsverfahren aufgrund einer Unzulässigkeit einer Beihilfe und ihrer Unvereinbarkeit mit dem Binnenmarkt gegen den Forstbetrieb bestehen. Randnummer 25 der "Rahmenregelung für staatliche Beihilfen im Agrar- und Forstsektor und in ländlichen Gebieten (2022/C 485/01)

Hinweis: Rückforderungen, die seitens der Landesforstanstalt, z. B. wegen Verstoß gegen die Auflagen aus dem Zuwendungsbescheid erlassen wurden, zählen nicht darunter.

Der Antragsteller erklärt, dass der Forstbetrieb nicht als "Unternehmen in Schwierigkeiten" gemäß Randnummer 33 Nummer 63 der "Rahmenregelung für staatliche Beihilfen im Agrar- und Forstsektor und in ländlichen Gebieten (2022/C 485/01) einzuordnen ist.

Als Unternehmen in Schwierigkeiten gelten Unternehmen, auf die mindestens einer der folgenden Umstände zutrifft:

a) Im Falle von Gesellschaften mit beschränkter Haftung (ausgenommen KMU, die noch keine drei Jahre bestehen): Mehr als die Hälfte des gezeichneten Stammkapitals ist infolge aufgelaufener Verluste verlorengegangen. Dies ist der Fall, wenn sich nach Abzug der aufgelaufenen Verluste von den Rücklagen (und allen sonstigen Elementen, die im Allgemeinen den Eigenmitteln des Unternehmens zugerechnet werden) ein negativer kumulativer Betrag ergibt, der mehr als der Hälfte des gezeichneten Stammkapitals entspricht. Für die Zwecke dieser Bestimmung bezieht sich der Begriff „Gesellschaft mit beschränkter Haftung“ insbesondere auf die in Anhang I der Richtlinie 2013/34/EU des Europäischen Parlaments und des Rates (1) genannten Arten von Unternehmen und der Begriff „Stammkapital“ umfasst gegebenenfalls alle Agios.

b) Im Falle von Gesellschaften, bei denen zumindest einige Gesellschafter unbeschränkt für die Schulden der Gesellschaft haften (ausgenommen KMU, die noch keine drei Jahre bestehen): Mehr als die Hälfte der in den Geschäftsbüchern ausgewiesenen Eigenmittel ist infolge aufgelaufener Verluste verlorengegangen. Für die Zwecke dieser Bestimmung bezieht sich der Begriff „Gesellschaften, bei denen zumindest einige Gesellschafter unbeschränkt für die Schulden der Gesellschaft haften“ insbesondere auf die in Anhang II der Richtlinie 2013/34/EU genannten Arten von Unternehmen.

c) Das Unternehmen ist Gegenstand eines Insolvenzverfahrens oder erfüllt die im innerstaatlichen Recht vorgesehenen Voraussetzungen für die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens auf Antrag seiner Gläubiger.

d) Das Unternehmen hat eine Rettungsbeihilfe erhalten und der Kredit wurde noch nicht zurückgezahlt oder die Garantie ist noch nicht erloschen beziehungsweise das Unternehmen hat eine Umstrukturierungsbeihilfe erhalten und unterliegt immer noch einem Umstrukturierungsplan.

e) Im Falle eines Unternehmens, das kein KMU ist: In den letzten beiden Jahren

i) betrug der buchwertbasierte Verschuldungsgrad des Unternehmens mehr als 7,5 und

ii) das anhand des EBITDA berechnete Zinsdeckungsverhältnis des Unternehmens lag unter 1,0;

Ort, Datum

Siegel bei Körperschaften

Unterschrift Antragsteller

**Zusätzliche Angaben des Antragstellers betreffend die staatliche Beihilfe Nr. SA.56482 (2020/N) vom 29. Juni 2020 für die Vorhaben der Nr. K 2.4 sowie die begleitenden Vorhaben nach der Nr. K 2.5 der Maßnahme K „Bewältigung von Extremwetterereignissen“**

**- entfällt für die Vorhaben der Nr K 2.1 bis K 2.3 und für die begleitenden Vorhaben nach K 2.5 -**

A  Der Forstbetrieb ist auf Grundlage der Mitarbeiterzahl und finanziellen Schwellenwerte als Kleinst- bzw. kleines und mittleres Unternehmen einzuordnen.

Hinweis:

Die Größenklasse der Kleinstunternehmen sowie der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) setzt sich aus Unternehmen zusammen, die weniger als 250 Personen beschäftigen und die entweder einen Jahresumsatz von höchstens 50 Mio. EUR erzielen oder deren Jahresbilanzsumme sich auf höchstens 43 Mio. EUR beläuft. Die Herleitung der Mitarbeiterzahlen und Schwellenwerte erfolgt auf der Grundlage des Anhang I der VO (EU) 2022/2472 "KMU-Definition". Partnerunternehmen und verbundene Unternehmen sind bei der Herleitung entsprechend des Anhang I, Art. 3 der VO (EU) 2022/2472 zu berücksichtigen.

B  Der Forstbetrieb ist im Besitz einer autonomen Gebietskörperschaft mit einem Jahreshaushalt von weniger als 10 Mio. EUR und weniger als 5.000 Einwohnern. Der Forstbetrieb unterfällt deshalb auf der Grundlage des Anhangs I Artikel 3 Absatz 2 Buchstabe d) der VO (EU) 2022/2472 den KMU.

C  Der Forstbetrieb ist ein öffentliches Unternehmen (z. B. Kommune, bei der keine Zuordnung zu Buchstabe B der Erklärung möglich ist) oder auf Grundlage der Mitarbeiterzahl und finanziellen Schwellenwerte nicht als Kleinst- bzw. kleines und mittleres Unternehmen gemäß Anhang I der Verordnung (EU) 2022/2472 "KMU Definition" einzuordnen. Das Unternehmen gilt deshalb als großes Unternehmen.

Große Unternehmen müssen gemäß der Randnummer 52 der Rahmenregelung für staatliche Beihilfen im Agrar- und Forstsektor und in ländlichen Gebieten (2022/C 485/01) die Situation beschreiben, die ohne Zuschüsse bestehen würde (kontrafaktische Fallkonstellation). Die Ausführungen zur kontrafaktischen Fallkonstellation sind durch Nachweise zu untermauern. Die Darstellung ist plausibel, wenn sie unverfälscht die Faktoren wiedergibt, die zum Zeitpunkt der Entscheidung des Antragstellers in Bezug auf das betreffende Vorhaben maßgeblich waren.

<b>Beschreibung der Situation (des Vorhabens)</b>	
Vorhaben:	finanzielle Angaben
ohne Förderung	Sa. in €
mit Förderung	Sa. in €
beantragter Zuschuss in €	
Nettomehrkosten (Ausgaben des Projekts mit Förderung - Ausgaben Projekt ohne Förderung) in €	

Bei Beihilfen für große Unternehmen im Rahmen angemeldeter Beihilferegelungen ist zu beachten, dass der Beihilfebetrug auf der Grundlage eines „Nettomehrkosten-Ansatzes“ auf das erforderliche Minimum beschränkt ist und die im Vergleich zur kontrafaktischen Fallkonstellation ohne staatliche Beihilfe anfallenden Nettomehrkosten für die Durchführung der Investition in dem betreffenden Gebiet nicht übersteigt. (siehe Randnummer 98 der Rahmenregelung für staatliche Beihilfen im Agrar- und Forstsektor und in ländlichen Gebieten (2022/C 485/01)). Für große Unternehmen gilt: Der Beihilfebetrug darf das für eine hinreichend rentable Umsetzung des Vorhabens erforderliche Minimum nicht übersteigen. So darf z. B. der Beihilfebetrug nicht zu einer Anhebung des internen Zinsfußes über die von dem betreffenden Unternehmen in anderen ähnlichen Investitionsvorhaben zugrunde gelegten Renditesätze oder – wenn diese Sätze nicht verfügbar sind – über die Kapitalkosten des Unternehmens insgesamt oder aber über die in dem jeweiligen Sektor üblichen Renditesätze führen. (Randnummer 99 der Rahmenregelung (2022/C 485/01))

Ort, Datum	Siegel bei Körperschaften	Unterschrift Antragsteller

# Thüringer Richtlinie zur Förderung forstwirtschaftlicher Maßnahmen

## Maßnahme K "Bewältigung von Extremwetterereignissen"



THÜRINGENFORST

Förderjahr

### Anteilsfinanzierung

**Vorgangsnummer:**\*

\*(nicht vom Antragsteller auszufüllen)

**Name des Antragstellers:**

### K 2.1 Überwachung, Vorbeugung und Bekämpfung von Schadorganismen

#### Flächenverzeichnis

Zeile	Gemeinde	Gemarkung	Flur	Flurstück	Antragsfläche [ha]	geplante Durchführung	
						Beginn	Ende
1							
2							
3							
Sa.							

### Finanzierungsplan zu den Vorhaben nach K 2.1

Gegenstand der Förderung (Art der Ausgaben)	Finanzierung			Bemerkungen	
	Gesamtausgaben [EUR]	davon:			
		Eigenanteil [EUR]	beantragter Zuschuss [EUR]		

Datum:

\_\_\_\_\_

Unterschrift des Antragstellers:

\_\_\_\_\_

# Thüringer Richtlinie zur Förderung forstwirtschaftlicher Maßnahmen

## Maßnahme K "Bewältigung von Extremwetterereignissen"



**THÜRINGENFORST**

Förderjahr

**Vorgangsnummer:\***

\*(nicht vom Antragsteller auszufüllen)

**Anteilsfinanzierung**

**Name des Antragstellers:**

### K 2.3 Anlage und Betrieb von Holzlagerplätzen

#### Finanzierungsplan zu den Vorhaben nach K 2.3 Anlage und Betrieb von Holzlagerplätzen

Gegenstand der Förderung	Gesamtausgaben [EUR]	Finanzierung		Bemerkungen	
		davon:			
		Eigenanteil [EUR]	beantragter Zuschuss [EUR]		
Anlage von Holzlagerplätzen					
Betrieb und Unterhaltung von Holzlagerplätzen					

#### **Beschreibung des Vorhabens**

Datum:

Unterschrift des Antragstellers:

# Thüringer Richtlinie zur Förderung forstwirtschaftlicher Maßnahmen

## Maßnahme K "Bewältigung von Extremwetterereignissen"



THÜRINGENFORST

Förderjahr

**Vorgangsnummer:**\*

\*(nicht vom Antragsteller auszufüllen)

**Name des Antragstellers:**

### Anteilsfinanzierung

#### K 2.4 Vorhaben zur Prävention gegen Waldbrände

##### **Vorhaben**

1. Kauf von geeigneten Sachmitteln
2. Anlage von Waldbrandschutzstreifen mit feuerhemmenden Baumarten
3. Einrichtung und Unterhaltung von Wundstreifen und Brandschutzschneisen
4. Anlage/Erweiterung von Feuerlöschteichen und Löschwasserentnahmestellen


### **Flächenverzeichnis**

Zeile	Gemeinde	Gemarkung	Flur	Flurstück	Antragsfläche [ha]	geplante Durchführung	
						Beginn	Ende
1							
2							
3							
4							
Sa.							

Finanzierungsplan zu den Vorhaben nach K 2.4 Vorhaben zur Prävention gegen Waldbrände					
Gegenstand der Förderung	Finanzierung			Bemerkungen	
	Gesamtausgaben [EUR]	davon:			
		Eigenanteil [EUR]	beantragter Zuschuss [EUR]		
Kauf von geeigneten Sachmitteln					
Anlage von Waldbrandschutzstreifen mit feuerhemmenden Baumarten					
Einrichtung von Wundstreifen und Brandschutzschneisen					
Anlage von Feuerlöschteichen und Löschwasserentnahmestellen					
<b>Beschreibung des Vorhabens</b>					
Datum:	<input type="text"/>	Unterschrift des Antragstellers:	<input type="text"/>		

Thüringer Richtlinie zur Förderung forstwirtschaftlicher Maßnahmen  
Maßnahme K "Bewältigung von Extremwetterereignissen"



Förderjahr

Anteilsfinanzierung

**Vorgangsnummer:\***

\*(nicht vom Antragsteller auszufüllen)

**Name des Antragstellers:**

**K 2.5 Forstfachliche Begleitung von Vorhaben der Nr. K 2.3 und K 2.4**

**Zuordnung zu den Vorhaben**

Vorhabens Nr. lt. RiLi	Beschreibung	geplanter Zeitraum der Projektbegleitung	
		Beginn	Ende
K2.3			
K2.4			

**Finanzierungsplan zu den Vorhaben nach K 2.5**

Gegenstand der Förderung (Art der Ausgaben)	Gesamtausgaben [EUR]	Finanzierung		Bemerkungen
		Eigenanteil [EUR]	davon: beantragter Zuschuss [EUR]	
Datum:		Unterschrift des Antragstellers:		

**Einzureichen nur für Vorhaben der Nr. K 2.4 die nicht in den Landkreisen Altenburger Land, Greiz, Saale-Orla-Kreis, Saalfeld-Rudolstadt und Saale-Holzlandkreis sowie der kreisfreien Städte Jena und Gera beantragt werden**

Erklärung über erhaltene bzw. beantragte „De-minimis-Beihilfen“ gemäß der VO (EU) Nr. 1407/2013

**1. Angaben zum Antragsteller:**

Antragsteller:

---

**2. Definitionen und Erklärungen:**

In dieser Erklärung sind alle „De-minimis“-Beihilfen anzugeben, die ihr Unternehmen bzw. Unternehmensverbund als „*ein einziges Unternehmen*“ in Deutschland im laufenden sowie in den vorangegangenen zwei Kalenderjahren erhalten hat.

Für die Zwecke der „De-minimis“-Verordnung sind die Unternehmen als *ein einziges Unternehmen* zu betrachten, die zueinander in mindestens einer der folgenden Beziehungen stehen:

- ein Unternehmen hält die Mehrheit der Stimmrechte der Anteilseigner oder Gesellschafter eines anderen Unternehmens,
- ein Unternehmen ist berechtigt, die Mehrheit der Mitglieder der Verwaltungs-, Leitungs- oder Aufsichtsgremiums eines anderen Unternehmens zu bestellen oder abzuberufen,
- ein Unternehmen ist gemäß einem mit einem anderen Unternehmen geschlossenen Vertrag oder aufgrund einer Klausel in dessen Satzung berechtigt, einen beherrschenden Einfluss auf dieses Unternehmen auszuüben,
- ein Unternehmen, das Anteilseigner oder Gesellschafter eines anderen Unternehmens ist, übt gemäß einer mit anderen Anteilseignern oder Gesellschaftern dieses anderen Unternehmens getroffenen Vereinbarung die alleinige Kontrolle über die Mehrheit der Stimmrechte von dessen Anteilseignern oder Gesellschaftern aus.

Auch Unternehmen, die über ein oder mehrere andere Unternehmen zueinander in einer der vorgenannten Beziehungen stehen, werden als ein einziges Unternehmen betrachtet.

Im Falle einer Fusion oder Übernahmen müssen alle „De-minimis“-Beihilfen, die den beteiligten Unternehmen im laufenden Kalenderjahr sowie in den vorangegangenen zwei Kalenderjahren gewährt wurden, angegeben werden. Bei Unternehmensaufspaltungen werden die „De-minimis“-Beihilfen dem Unternehmen zugerechnet, welches die Geschäftsbereiche übernimmt, für die die „De-minimis“-Beihilfen verwendet wurden. Ist diese Zurechnung nicht möglich, muss eine anteilige Aufteilung auf der Grundlage des Buchwerts des Eigenkapitals zum Zeitpunkt der tatsächlichen Aufspaltung erfolgen.

Darüber hinaus sind alle „De-minimis“-Beihilfen anzugeben, die durch Betriebsaufspaltung verbundene Unternehmen erhalten haben.

---

**3. Erklärung:**

Hiermit erkläre ich / wir, dass ich / wir als ein einziges Unternehmen gemäß Punkt 2. im laufenden Kalenderjahr sowie in den vorangegangenen zwei Kalenderjahren

keine  die in nachstehender Tabelle aufgeführt

Beihilfen über die hiermit beantragte Beihilfe hinaus im Sinne folgender Verordnungen erhalten bzw. beantragt hat:

**- Allgemeine „De-minimis“-Beihilfen**

Verordnung (EU) Nr. 1407/2013 der Kommission vom 18. Dezember 2013 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen (Amtsblatt der EU L 352/1 vom 24.12.2013) in Verbindung mit der Verordnung (EU) Nr. 2020/972 der Kommission vom 2. Juli 2020 (Amtsblatt der EU L 215/3 vom 7.7.2020),



- **Agrar-„De-minimis“-Beihilfen**

Verordnung (EU) Nr. 1408/2013 der Kommission vom 18. Dezember 2013 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen im Agrarsektor (Amtsblatt der EU L 352/9 vom 24.12.2013) in Verbindung mit der Verordnung (EU) Nr. 2019/316 der Kommission vom 21. Februar 2019 (Amtsblatt der EU L 51 I/1 vom 22.02.2019) und der Verordnung (EU) 2022/2046 der Kommission vom 24. Oktober 2022 (Amtsblatt der EU L 275 vom 25.10.2022)

- **Fisch-„De-minimis“-Beihilfen**

Verordnung (EU) Nr. 717/2014 der Kommission vom 27. Juni 2014 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen im Fischerei- und Aquakultursektor (Amtsblatt der EU L 190/45 vom 28.06.2014) in Verbindung mit der Verordnung (EU) Nr. 2022/2514 der Kommission vom 14. Dezember 2022 (Amtsblatt der EU L 326/8 vom 21.12.2022) und

- **DAWI-„De-minimis“-Beihilfen**

Verordnung (EU) Nr. 360/2012 der Kommission vom 25. April 2012 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen an Unternehmen, die Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse erbringen (Amtsblatt der EU L 114/8 vom 26.04.2012) in Verbindung mit der Verordnung (EU) Nr. 2020/1474 der Kommission vom 13. Oktober 2020 (Amtsblatt der EU L 337/1 vom 14.10.2020).

Antrag stellendes Unternehmen u. Unternehmen des Verbundes („ein einziges Unternehmen“ gemäß Pkt. 2)	Datum Zuwendungs-bescheid / Vertrag	Zuwendungsgeber	Aktenzeichen / Projekt-Nr.	Art der „De-minimis“-Beihilfe*				Fördersumme in EUR (entspricht dem Subventionswert)
				Allge-meine	Agrar	Fisch	DAWI	

\* Bitte kreuzen Sie an, um welche „De-minimis“-Beihilfe es sich handelt. Bei Bedarf gesondertes Blatt beifügen.

Ich / Wir verpflichte(n) mich / uns, Änderungen oder Ergänzungen zu **sämtlichen** in dieser „De-minimis“-Erklärung enthaltenen Angaben meinem Forstamt mitzuteilen, sofern sie mir / uns vor der Zusage der hier beantragten „De-minimis“-Beihilfe bekannt werden.

Mir / Uns ist bekannt, dass die in dieser Erklärung anzugebenden Tatsachen gemäß Punkt 1. und 3. subventionserheblich im Sinne des § 264 des Strafgesetzbuches (StGB) i.V.m. § 2 Subventionsgesetz vom 29.07.1976 (BGBI. I, S. 2037) sind und unrichtige, unvollständige oder unterlassene Angaben, die subventionserhebliche Tatsachen betreffen und dem Zuwendungsempfänger zum Vorteil gereichen, als Subventionsbetrug strafbar sind. Mir / Uns sind weiterhin die nach § 1 des Thüringer Subventionsgesetzes vom 16.12.1996 (GVBl. Nr. 19, S. 319) i.V.m. § 3 des Subventionsgesetzes vom 29.07.1976 bestehenden Mitteilungspflichten bekannt.

---

Ort, Datum

---

rechtsverbindliche Unterschrift(en) des Antragstellers (sowie Name in Druckbuchstaben)